

Konrad Adenauer wusste:
Ausdauer und Geduld
führen zum Erfolg

Orientierung geben

Bernhard Vogel

Ende Dezember 1955 fand sich im Dienstzimmer Heinrich Krones, des damaligen Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, ein Kreis von Persönlichkeiten zusammen, um ein Thema zu diskutieren, das ihnen und dem Parteivorstand der CDU immer mehr auf den Nägeln brannte: Ein Ort und ein Rahmen wurden gesucht, in denen staatsbürgerliche und politische Bildung auf christlich-demokratischer Grundlage vermittelt werden konnten. Sie beschlossen, einen Verein zu gründen, die „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“ und die rechtlichen Voraussetzungen für den Kauf eines Anwesens, Haus Eichholz, als Ausbildungs- und Schulungsstätte zu schaffen. Am 22. Dezember wurde der Kaufvertrag unterschrieben, am 27. Januar 1956 der Verein unter der Nummer 1327 in das Vereinsregister beim Bonner Amtsgericht eingetragen. Die Urzelle der Konrad-Adenauer-Stiftung entstand. Vorsitzender wurde Bruno Heck, Stellvertreter Konrad Kraske, Schriftführer Heinrich Krone. Eine Erfolgsgeschichte sondergleichen nahm ihren Lauf.

Das Gütezeichen Konrad Adenauer

Seit 1964 trägt die Stiftung den Namen Konrad Adenauers. Mehr als Satzung und Statut der Stiftung es ausdrücken können, ist sein Name das Programm der Stiftung und ihr Gütezeichen überall in der Welt. Die Leitlinien der Adenauerstiftung sind die Grundsätze, die Leben und Werk dieses großen Staatsmannes geprägt haben.

Schon zwei Jahre zuvor – 1962 – kommt es zur Gründung des Institutes für Internationale Zusammenarbeit. Dabei gewann der Gedanke Konturen, die Inlandserfahrungen der Stiftung auch für die Bildung und Beratung in den Entwicklungsländern fruchtbar zu machen.

1965 nimmt die Studienförderung der Stiftung ihre Arbeit auf, die spätere Begabtenförderung. 1967 folgt die Gründung eines wissenschaftlichen Institutes, das spätere Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut. 1970 entsteht das Institut für Kommunalpolitische Bildung und Forschung, später Institut für Kommunalwissenschaften. 1976 wird das Archiv für Christlich-Demokratische Politik geschaffen. 1977 wird die Villa la Collina am Comer See, der Sommersitz Adenauers, erworben und zu einer internationalen Begegnungsstätte ausgebaut. 1978 beginnt die journalistische Nachwuchsförderung.

Das Unvorstellbare wird am Tag nach dem Fall der Mauer Wirklichkeit: Am 10. November 1989 wird die erste Außenstelle in einem ostmitteleuropäischen Land, in Warschau, eröffnet. Weitere Außenstellen entstehen in ganz Ostmitteleuropa, im Baltikum und in anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Die Wende in Ostdeutschland stellt die Stiftung auch in Deutschland vor völlig neue Herausforderungen. Schon 1990 wird die politische Bildungsarbeit in den neuen Ländern aufgenommen, die ersten Bildungswerke entstehen in Leipzig, in Rostock und in Erfurt.

1998 öffnet die Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung im Berliner Tiergarten ihre Pforten. Mit dem Umzug von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung nach Berlin übersiedeln Zug um Zug die Mitarbeiter der Hauptabteilungen „Politik und Beratung“ und „Internationale Zusammenarbeit“ in die neue Bundeshauptstadt. Hauptsitz der Stiftung aber bleibt Sankt Augustin.

Erziehung zur Demokratie

Alle, die unmittelbar nach dem 8. Mai 1945 mit dem Neuaufbau eines demokratischen Gemeinwesens in Deutschland begannen, die sich eine zweite Chance für ein demokratisches Deutschland erhofften, waren geprägt von den Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur, und sie waren erfüllt von der Erkenntnis, dass die Weimarer Republik letztlich daran gescheitert ist, dass der Demokratie die Demokraten fehlten. Weil es der Weimarer Republik nie gelang, eine überzeugende Mehrheit der Bürger für sich zu gewinnen, wollte man alles tun, damit sich dies nicht wiederholte. „Mit dem richtigen Verhältnis des Bürgers zum Staat“, so betonte Konrad Adenauer im Jahr 1965, „steht und fällt die parlamentarische Demokratie.“

Die politischen Stiftungen wollen die Bürger zur aktiven Mitgestaltung des politischen gesellschaftlichen Lebens anregen und ihnen das dazu notwendige Rüstzeug vermitteln. Das Grundmotiv für das Entstehen der politischen Stiftungen war die Erwartung, durch politische Bildung zum Aufbau und zur Konsolidierung der Demokratie beitragen zu können.

Die Kernaufgabe der politischen Stiftungen ist die Festigung des demokratischen Gedankens in breiten Kreisen der Bevölkerung, die Erziehung zur Demokratie. Aber es war mehr als nur diese Motivation: Von Anfang an war die Intention der Gründer der Konrad-Adenauer-Stif-

tung auch, politisch interessierten Nachwuchs zu gewinnen, ihn für die Idee der christlich-demokratischen Bewegung zu begeistern und ihn dazu zu motivieren, in diesem Sinne Verantwortung in Staat und Gesellschaft zu übernehmen. Eine außerordentlich weitsichtige Initiative. Man bedenke, welche herausragenden innen- und außenpolitischen Erfolge die Union in dieser Zeit zu verbuchen hatte: Die Bundesrepublik war infolge der Pariser Verträge souverän geworden. Sie war der NATO beigetreten. Im September erreichte Konrad Adenauer die Freigabe der letzten über zehntausend Kriegsgefangenen und Zivilverschleppten aus der Sowjetunion. Wirtschaftlich war nach wie vor ein phänomenaler Aufschwung zu verzeichnen. Trotz all dieser Erfolge, die den Boden für den Gewinn der absoluten Stimmenmehrheit bei den Bundestagswahlen 1957 bereiteten, dachte man weiter als in den Kategorien von Tagespolitik und Wahlkampf. Vielmehr war die CDU-Führung von der Sorge erfüllt, ob die die sozialen Schichten übergreifende und interkonfessionelle Volkspartei in der geistigen Auseinandersetzung mit materialistischen und sozialistischen Strömungen bestehen könne. Schon das erste „Informationsseminar“ in Eichholz im Dezember 1956 mit dem Titel: „Die Sozialpolitik aus der Sicht des Arbeitnehmers“ zeigte auf, wie grundsätzlich man dachte.

Mitwirkung bei der Willensbildung

Der Gedanke, die politischen Stiftungen im Bezug zu den politischen Parteien zu errichten, war ungewöhnlich und kühn. Dadurch war gesichert, dass die politischen Grundströmungen in der Bundesrepublik Deutschland berücksichtigt und entsprechend vermittelt werden. Sie erfüllen ihre Aufgabe – auf wissenschaftlicher Grundlage – komplementär zu den politischen Parteien, die nach Artikel 21 des Grundgesetzes bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken sollen.

„Politischer Diskurs und politische Entscheidungsfindung“, so heißt es in der gemeinsamen Erklärung zur staatlichen Finanzierung der politischen Stiftungen aus dem Jahr 1988, „setzen Information und ethisch-politische Orientierung voraus.“ Der Staat, der – so das berühmte Diktum Wolfgang Böckenfördes – von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann, ist auf dieses Engagement angewiesen. Eine Bildungsarbeit, die Orientierung bietet und die politische Forschung, Information und Beratung sowie die Begabtenförderung umfasse, sei eine notwendige Voraussetzung für die Entfaltung politischer Freiheit und sichere den Fortbestand der freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft. „Die politischen Stiftungen“, so hat Roman Herzog betont, „leisten eine wichtige Arbeit für unser Gemeinwesen. Es ist einerseits eine politische Arbeit, die aber gleichwohl von den Zwängen der Tagespolitik befreit ist. Die Stiftung erarbeiten langfristige Konzeptionen und tragen so zur Weiterentwicklung der Demokratie bei.“

Die deutschen politischen Stiftungen sind mit ihrer spezifischen Ausrichtung in der Tat Einrichtungen *sui generis* und in ihrer Form weltweit einzigartig. Sie sind rechtlich, organisatorisch und finanziell von den politischen Parteien, denen sie nahe stehen, unabhängig.

Klares Fundament und klare Ziele

Und doch ist ihre Arbeit eminent politisch und von eminenter Bedeutung für das geistige Umfeld der Parteien, denen sie nahe stehen. Für die Konrad-Adenauer-Stiftung bedeutet das, auch in Zukunft mit dazu beizutragen, dass die christlich-demokratische Bewegung Orientierung und Führungskraft in schwierigen Umbruchzeiten geben kann, so wie ihr dies zum Beispiel in der Nachkriegszeit, aber auch im Umfeld der deutschen und europäischen Einigung gelungen ist. „Ausgangs- und Orientierungspunkt für die

Konrad-Adenauer-Stiftung“, so heißt es in den Leitlinien der Stiftung, „ist das christliche Verständnis vom Menschen als Geschöpf Gottes in seiner Gleichwertigkeit, Verschiedenartigkeit und Unvollkommenheit. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet. Auf dieser Grundlage neuen Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden, ist wichtig für die Zukunft der christlich-demokratischen Bewegung in Deutschland, in Europa und vielen Ländern der Welt.“

Auf diesem Fundament ergeben sich für die Arbeit der Stiftung im In- und Ausland klare gemeinsame Ziele: Dazu gehören unter anderem die Verwirklichung und Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit überall in der Welt, die Vertiefung und Zukunftsfähigkeit der europäischen Integration und der Zusammenarbeit mit den Nachbarn Europas, die Stärkung der transatlantischen Wertegemeinschaft, die Förderung und Anregung eines internationalen, interreligiösen und interkulturellen Dialoges über die Wertgrundlagen unserer Gesellschaften, die entschiedene Förderung von Hilfe zur Selbsthilfe in ihren entwicklungspolitischen Maßnahmen und die Entwicklung von Grundsätzen für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit und für das friedliche Zusammenleben der Völker. Die Bekämpfung der Ursachen von Armut steht ebenso im Mittelpunkt wie die Umsetzung und Verbreitung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, die Förderung kommunaler Selbstverwaltung und föderaler Strukturen sowie Programme zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Institutionen.

Erfolgreiche Arbeit – stabilisierend und strukturbildend

Mit ihrem Wertefundament, mit diesen langfristigen Zielen und mit ihrer nachhaltigen Arbeit ist die Konrad-Adenauer-Stiftung in den Jahrzehnten ihres Beste-

hens überaus erfolgreich gewesen, ihre Erfolge bemessen sich beispielsweise in der internationalen Arbeit nicht selten an Konflikten, die gelöst oder vermieden werden konnten: Durch eine gezielte Förderung der Zusammenarbeit der demokratischen Oppositionskräfte, durch eine konsequente Vorbereitung auf eine künftige Regierungsübernahme, durch den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen, die Unterstützung eines stabilen Mittelstandes und konkrete Aufbauhilfe für Gemeinden und Basisorganisationen. Mit diesem Wirken hat die Stiftung beispielsweise in Lateinamerika insbesondere in den sechziger und siebziger Jahren entscheidend am Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen Anteil gehabt. Und diese Expertise hat in den mittel- und südosteuropäischen Staaten Beiträge zu einer Bewältigung der Transformationsprozesse ermöglicht. Heute wirkt sie in diesem Sinne stabilisierend und strukturbildend in Afrika, aber auch auf dem Balkan und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Weil Politik in Deutschland und weltweit von Menschen geprägt und verkörpert wird, sind der Aufbau und die Pflege von internationalen Netzwerken entscheidend für eine erfolgreiche politische Arbeit. Talente zu entdecken, sie zu fördern und sie auf die Übernahme von Verantwortung in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien, im Kultur- und Verbandsbereich vorzubereiten – diese Ziele verfolgt die Stiftung seit über vierzig Jahren überaus erfolgreich. Aus kleinen Anfängen hat sich eine beachtliche internationale Vernetzung entwickelt. Rund dreißig Bundestagsabgeordnete, zehn Europaabgeordnete, Mitglieder des Bundesvorstandes der CDU, zwei amtierende Ministerpräsidenten, mehrere Landesminister, aber auch viele Kabinettsmitglieder in ausländischen Regierungen sind Altstipendiaten der Stiftung und arbeiten eng mit ihr zusammen.

Die konkrete Ausgestaltung ihrer Bildungsarbeit, ihrer Forschungs- und politischen Beratungstätigkeit orientiert sich ebenso wie die internationale Arbeit an den Prinzipien, die sich aus dem Leitgedanken der unantastbaren Würde des Menschen für die Politik- und Gesellschaftsgestaltung ableiten: Freiheit, die mit Verantwortung für das Gemeinwesen einhergeht, Gleichheit vor dem Gesetz, Subsidiarität und Solidarität, Verantwortung für die Schöpfung. Das gilt für die Stiftung nicht nur im Grundsätzlichen, sondern auch in der konkreten Ausgestaltung, etwa in der Förderung von mehr Eigenverantwortung, in der Bedeutung von Ehe und Familie, im Aufbau einer aktiven Bürgergesellschaft und in der Stärkung der Grundgedanken der Sozialen Marktwirtschaft, aber auch in der Frage, was christliche Sozialethik heute zur Lösung von normativen Konflikten beitragen kann.

Dahinter steht der politische Grundgedanke, nicht zuzulassen, dass das christlich-demokratische Spektrum die Deutungshoheit über Begriffe verliert, die zu ihren grundsätzlichen Traditionen und politischen Erfolgen gehören: Als Beispiel sei die Soziale Marktwirtschaft genannt, die inzwischen auch von ihren ursprünglichen Gegnern vereinnahmt wird.

Die veränderte politische Landschaft in Deutschland

Diese klare Ausrichtung, eine konsequente Mitwirkung der Stiftung an der Profilbildung der christlich-demokratischen Bewegung ist heute notwendiger denn je. Die Bundestagswahl am 18. September 2005 hat die politische Landschaft in Deutschland verändert. Das Parteienspektrum hat sich verändert. Beide Volksparteien zusammen finden nur noch die Zustimmung von knapp siebzig Prozent der Wähler. Dem Bundestag gehören in der neuen Legislaturperiode drei kleinere Fraktionen mit zusammen 26,6 Prozent

der Mandate an. Links von den Sozialdemokraten hat sich in der Nachfolge der ostdeutschen PDS eine Fraktion gebildet, die mehrheitlich aus Abgeordneten, die aus Westdeutschland kommen, besteht. Finden die Abgeordneten dieser Fraktion in den kommenden Monaten tatsächlich zu einer stabilen Partei zusammen, hat sie auf Dauer Bestand, konkurrieren sie am linken Flügel mit einer der beiden Volksparteien. Die NDP hat zwar die Fünf-Prozent-Klausel bei weitem verfehlt, aber gleichwohl eine Vervierfachung ihrer Stimmen erreicht. Ihr Wähleranteil stieg von 0,4 Prozent (2002) der Zweitstimmen auf 1,6 Prozent (2005). Es wird Aufgabe der Union sein zu verhindern, dass sich rechts von ihr eine rechtsradikale Partei etabliert. Und es wird ebenso eine Herausforderung für die Stiftung sein, ihre Arbeit zur Erforschung und Auseinandersetzung mit extremistischen Phänomenen fortzusetzen.

Noch mehr aber wird die Arbeit der Stiftung sich auch an der Tatsache orientieren müssen, dass es der Union trotz ungewöhnlich günstiger Ausgangsposition zu Beginn des Wahlkampfes nicht gelang, ihr Ergebnis von 2002 zu verbessern, ja dass sie sogar Verluste hinnehmen musste. Die Gründe dafür verlangen eine eingehende und gründliche Analyse, die kurzfristig nicht geleistet werden kann. Leichtfertige und schnell formulierte Kritik am Wahlprogramm scheint nicht gerechtfertigt, weil sie die Ziele dieses Programmes verkennt. Es diene der nüchternen Beschreibung konkreter Maßnahmen einer von der Union geführten Bundesregierung. Jeder Bürger sollte präzise wissen, woran er ist. Antworten zu den „harten Themen“ wurden formuliert: Arbeitsmarkt und ökonomische Entwicklung, Staatsverschuldung und Leben auf Kosten künftiger Generationen, Zukunft der Sozialsysteme. Es war nicht die Absicht des Programmes, konkrete Lösungsvorschläge mit Wertgrundlagen und

langfristigen Leitideen zu untermauern. Aber gerade dies ist jetzt und für die kommende Zeit besonders wichtig: Wer durch Täler führen will, sollte nicht nur die Gipfel kennen, sondern auch über präzise Karten und einen sicheren Kompass verfügen!

Herausforderungen für die politischen Stiftungen

Mehr als je zuvor sind in dieser Situation die politischen Stiftungen gefragt. Ihre Aufgabe erhält neues, zusätzliches Gewicht. Ihre vielfältigen Aufgaben in der Hochbegabtenförderung, ihr Bemühen um internationale Zusammenarbeit, ihr Einsatz für die Länder der Dritten Welt, die Forschungsarbeit im Archiv Christlich-Demokratischer Politik dürfen nicht verkürzt werden, aber ihre zentrale Aufgabe, ihr Gründungsauftrag, das Grundmotiv am Beginn ihrer Arbeit, der politischen Bildung im eigenen Land zu dienen, rückt wieder stärker in den Mittelpunkt. Das trifft für alle politischen Stiftungen gleichermaßen zu, in Sonderheit aber für die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ihre Arbeit muss den veränderten Bedingungen im politischen und gesellschaftlichen Raum gerecht werden.

Nicht Tagespolitik, sondern mittel- und langfristige gesellschaftspolitische Themen von grundsätzlicher Bedeutung sind das primäre Arbeitsfeld der Stiftung. Dazu zählen die Stärkung der Demokratie, die Soziale Marktwirtschaft und die internationale Kooperation. Das Vertrauen der Bürger in die Politik muss gestärkt werden. Die Stiftung muss sich noch deutlicher als zuvor als eine stabile, profilbildende und Entscheidungen fördernde Kraft erweisen, als eine Kraft, die darüber hinaus auch bürgergesellschaftliches Engagement für das Gemeinwesen stärkt.

Eine vordringliche Aufgabe der Stiftung liegt in der Auseinandersetzung mit

den Grundfragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Sie muss christlich-demokratische Politik von den historischen und geistigen Wurzeln her begründen. Sie muss ihre Chance wahrnehmen, sich zwei gravierenden Problemen zu stellen: Dem beträchtlichen Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit von Politik und der tiefen Verunsicherung der Menschen in einer Welt, die sich schneller und fundamentaler wandelt als je zuvor. Sie muss ihre Themen und die Schwerpunkte ihrer Arbeit mit großer Sorgfalt auswählen. Die Familie stärken, Bildung als Zukunftssicherung, Forschung und Innovation, ethische Grundsatzfragen in der Biotechnologie und in der Medizin, wertorientierte Grundlagen des Sozialstaates, Zeitgeschichte und Kultur sowie Europa sind Stichworte dafür. Der politischen Bildungsarbeit kommt eine entscheidende Rolle bei der Vermittlung der Idee der christlich-demokratischen Bewegung zu. Ihre Inhalte müssen neu bestimmt werden. Die Arbeit der beiden Bildungszentren Schloss Eichholz und Schloss Wendgräben und der sechzehn Bildungswerke bedarf einer Neuausrichtung.

Es ist gut und nützlich, sich gerade jetzt zu vergegenwärtigen, warum die Stiftung vor fünfzig Jahren gegründet wurde und wie sie sich aus bescheidenen Anfängen mit einer Hand voll Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu einer großen, aus dem politischen Leben in Deutschland nicht mehr wegzudenkenden international arbeitenden Institution mit über 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entwickelt hat, sich bewusst zu werden, über

welches Potenzial sie heute verfügt. Noch wichtiger aber ist es, daraus die richtigen Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen.

Die Fortsetzung einer Erfolgsgeschichte

Fünfzig Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung sind ein Grund zu feiern und ein Grund, denen zu danken, die sie geprägt haben, und denen, die über viele Jahrzehnte treu ihren Dienst getan haben. Aber auch den Geldgebern, den Steuerzahlern zu danken, die uns die Voraussetzung dafür geschaffen haben. Fünfzig Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung sind aber vor allem eine Aufforderung, von diesem Fundament aus zu neuen Ufern aufzubrechen. Mit einer Arbeit, die dazu beiträgt, dem politischen Handeln Richtung zu geben, mit einer Arbeit, die hilft, Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik zurückzugewinnen, mit einer Arbeit, die deutlich macht, dass sich eine gute Zukunft für unser Land im Bewusstsein eines christlichen Menschenbildes bauen lässt. Mit einer Arbeit, die – und dies ist ein herausragendes Kapital der politischen Stiftungen (auch gegenüber den politischen Parteien) – Entwicklungen nachhaltig und mit langem Atem betreiben und begleiten kann. So wie es Konrad Adenauer treffend formuliert hat: „Man muss auch die schwierigsten politischen Probleme immer wieder mit Ausdauer und Geduld und nochmals Geduld zu lösen suchen. Dann wird sich der Erfolg schon zeigen.“ Für die Fortsetzung der Erfolgsgeschichte „Konrad-Adenauer-Stiftung“ in diesem Sinne lohnt sich jeder Einsatz!

Erst die Person

„Wir achten in jedem Menschen die von Gott gesetzte Person; ihre Würde, ihre Freiheit ist die Grundlage für unsere gesamte Arbeit im Staat, in der Wirtschaft, in der Kultur. Erst die Person und dann der Staat, erst die Person und dann die Wirtschaft.“

Konrad Adenauer in Osnabrück auf einer Veranstaltung der CDU am 28. Juli 1946.